

Die immerwährende Opferrolle

Die Konstruktion der österreichischen Identität auf Grundlage der Moskauer Deklaration und ihre Folgen unter spezieller Berücksichtigung der Ereignisse der Jahre 1945, 1955, 1986 und 2000

Einleitung

Der vorliegende Text ist die Kurzfassung der Diplomarbeit mit dem gleichen Titel, die sich mit der Fragestellung beschäftigt, aus wessen und welchem Interesse heraus der österreichische Staat entstanden ist und mit der Schaffung welchen identitären Musters die VerantwortungsträgerInnen die ‚österreichische Nation‘ entstehen haben lassen. Anhand von zwei Beispielen soll veranschaulicht werden, wie der Grundstein für die österreichische Identität gelegt wurde. Zwei weitere Beispiele zeigen, wie mit dem Rückgriff auf dieselben psychologischen Mechanismen politisches Kapital aus den Strukturen des kollektiven österreichischen (Opfer-) Bewusstseins geschlagen wird. Ausgehend von der Moskauer Deklaration und Österreichs ‚Opferrolle‘ zieht sich ein roter Faden durch die Geschichte, der dieses kollektive österreichische Bewusstsein immer wieder bemüht und entlang dem immer wieder politisches Kapital aus dieser identitären Konstante geschlagen werden konnte. Anhand der Fallbeispiele der alliierten Befreiung („Besatzung“), der Waldheim-Affäre 1986 und der EU-Sanktionen 2000 soll gezeigt werden, wie erfolgreich das Ressentiment von den ausländischen TäterInnen und den österreichischen Opfern immer wieder bedient werden kann und wie aktuell das Thema nach wie vor ist.

Der Historiker Ernest Gellner beschreibt in seinem Standardwerk ‚Nationalismus und Moderne‘ den Nationalismus als das Bestreben, ‚Kultur und Staatswesen deckungsgleich zu machen, einer Kultur ihr eigenes politisches Dach zu verschaffen, und zwar ein einziges Dach.‘¹ Dieser These entsprechend war die Identitätsbildung in Österreich nach 1945 die Schaffung eines strukturellen Dachs für die österreichische Gesellschaft, mit all den Verdrängungen und dem großen Pool der AntidemokratInnen, deren Ablehnung der Republik lange unter der Oberfläche brodelte. Die ‚nationalsozialistische Verwurzelung Österreichs lebte weiter‘², wie Anton Pelinka 1993 schrieb. Ganz in diesem Sinne beschreiben Meinrad Ziegler und Waltraud Kannonier-Finster, dass die ‚Externalisierung des Nationalsozialismus‘ die Konsequenz gehabt habe, dass ‚dieser historischen Erfahrung nur eine marginale Bedeutung für die Selbstreflexion des politischen und gesellschaftlichen Systems nach 1945 zukam.‘ Das habe massive Auswirkungen auf die ‚Entnazifizierung‘, und auch für die ‚materiellen Konsequenzen, die aus dem NS-Regime zu ziehen waren‘ gehabt.³

Geht es um den Begriff der ‚Nation‘, sind zunächst unterschiedliche Begriffe zu definieren. Die beiden vorherrschenden Nationskonzepte sind das der ‚Willensnation‘ und jenes der ‚Kulturnation‘. Die Kulturnation ist bemüht, ihre territorialen Grenzen mit der Einheit von

¹ Gellner, Ernest: Nationalismus und Moderne, Berlin 1991, S. 69

² Pelinka, Anton: ‚Emanzipationskrise. Zu den Risiken politischen Wandels in Österreich, in: Ringel, Erwin (Hg.): ‚Ich bitt‘ Euch höflich, seid’s keine Trottel‘. Politikverdrossenheit und österreichische Identität, Wien 1993, S. 105f.

³ Ziegler, Meinrad/Waltraud Kannonier-Finster: Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit, Wien/Köln/Weimar 1993, S. 35f.

Sprache, Kultur und Traditionen in Einklang zu bringen, während die Willensnation eine gewollte gemeinsame Identität ohne Notwendigkeit einer gemeinsamen Sprache und Geschichte meint. Das Österreich nach 1945 kann dementsprechend nicht als ‚Kulturnation‘ bezeichnet werden, da der deutsche Sprachraum viel weiter reicht und die verschiedenen Landesteile mehr kulturelle und sprachliche Gemeinsamkeiten mit angrenzenden Gebieten ihrer Nachbarländer aufweisen, als mit anderen österreichischen Landesteilen. Vielmehr kann die Republik als ‚Willensnation von oben‘ oder als ‚*imagined nation*‘⁴, wie Susanne Frölich-Steffen schreibt, bezeichnet werden. In die gleiche Kerbe schlägt auch der Schriftsteller Robert Menasse, der schreibt es gebe ‚*keine Geschichtslogik, die [...] in die Zweite Republik geführt hätte*‘ und ‚*keine Geschichte, die jenen Stolz und jenes Selbstbewußtsein ermöglicht hätte, die Voraussetzung für empathische Staatsgründungen sind.*‘ Menasse folgert, Österreich sei ‚*als Staat aus dem Nichts*‘⁵ entstanden.

Von Moskau nach Wien: Österreich als ‚Opfer‘

Die ‚Moskauer Deklaration‘ von 1943 bot den Gründervätern der 2. Republik die Möglichkeit, die Selbststilisierung als Opfer auch als Fremdbeschreibung vorzuweisen. 1945 wird sie auch als starkes Argument nach innen verwendet: mit der Berufung auf die Moskauer Deklaration in Österreich alle in die kollektive Opfergemeinschaft eingemeindet. Das hat nicht zuletzt die Konsequenz, dass dabei der Unterschied zwischen unmittelbaren, ausschließlichen Opfern des Nationalsozialismus und Menschen, die nach dem 2. Weltkrieg schlechter dastanden, als vor dem NS-Regime, nicht mehr gemacht wurde. Spezielle Opfergruppen wie Juden, Roma und Sinti, Homosexuelle, politisch Andersdenkende wurden so in der allgemeinen Wahrnehmung mit Heimkehrern aus dem Krieg, Kriegsgefangenen, MitläuferInnen und Kriegerwitwen auf eine Ebene gestellt. ‚Österreich war das erste Opfer der Nazis‘, ein Satz, den auch Altbundeskanzler Wolfgang Schüssel gegenüber der Jerusalem Post im Februar 2000 wiederholte, wurde zum staatspolitischen Credo der jungen Republik. Doron Rabinovici argumentiert, die Moskauer Deklaration wäre verwendet worden, ‚*um wegzuretouchieren, was auch relevant war – österreichische Täter, österreichische Mitbeteiligung, die Tatsache dass es im Ständestaat ja viele Leute gegeben hatte, die diesem Deutschland nahestanden.*‘⁶

Obwohl Österreicher auch in höchsten Funktionen im NS-Regime stark vertreten waren – man denke an Adolf Eichmann, Ernst Kaltenbrunner oder Odilo Globocnik - wurde Österreich als ‚erstes Opfer‘, nicht als ‚zweiter Täter‘ bezeichnet. Peter Filzmaier ist der Meinung, dass nicht ‚*unsere Verantwortung für nationalsozialistische Verbrechen [...] und die Verpflichtung zur Wiedergutmachung für lange Zeit in Vergessenheit*‘ gerieten, sondern dass der ‚*Opfermythos [...] zu einem identitätsstiftenden Moment der Zweiten Republik*‘ wurde.⁷ Doron Rabinovici geht sogar so weit, zu sagen, Österreich hätte ‚*nicht anders zu seinem Nationalbewusstsein gefunden [...] als über diese Lüge.*‘ Er meint, die Opferthese könne nur aufrecht erhalten werden, ‚*wenn man über die Millionen Leichenberge und über die Millionen Opfer auf jüdischer Seite hinwegsieht.*‘ Die Formel von Österreich als erstes Opfer der Nazis bedeute also zunächst ‚*zumindest einmal den Versuch des Vergessenmachens von jüdischem Leid.*‘⁸

⁴ Frölich-Steffen, Susanne: Die österreichische Identität im Wandel, Wien 2003, S. 109

⁵ Menasse, Robert: Erklär mir Österreich. Essays zur österreichischen Geschichte, Frankfurt/Main 2000, S. 10

⁶ Rabinovici, Doron, Interview am 3.7.2006

⁷ Filzmaier, Peter: Opferkult und Neutralität als Geschichtsmymen in Österreich, <http://science.orf.at/filzmaier/135122>, 19.10.06

⁸ Rabinovici, Doron, Interview am 3.7.2006

Diese Umkehr und Umdeutung der geschichtlichen Eckdaten bleibt aber nicht die Einzige, sie wird von da an zu einem fixen Muster bei der Konstruktion der eigenen Identität. So wie der vielbejubelte Anschluss zur militärischen Zwangsaktion gegen ein wehrloses, zum Widerstand nicht fähigen Österreich umgedichtet wird, verkehren sich bald nach 1945 auch die Rollen des Nazi-Heers und der alliierten Befreier. Jene, die dem NS-Terror ein Ende bereitet hatten werden so schnell zu brandschatzenden, massenvergewaltigenden, erpresserischen Besatzern umgedichtet. Es steht außer Frage, dass einzelne ÖsterreicherInnen Opfer des Nationalsozialismus wurden und dass einzelne alliierte Soldaten sich wie Verbrecher verhielten. Dass dieses Bild aber von der Ausnahme zur allgemeinen Zuschreibung werden konnte, war ein entscheidender Baustein auf dem Weg zur österreichischen Identität. Hinzu kam der Stalingrad-Mythos von den ‚verratenen Soldaten in fremder Uniform‘, der suggerierte, das Leid der Wehrmachtssoldaten im ‚Russischen Winter‘ wäre um nichts weniger schlimm gewesen, als jenes der KZ-Gefangenen in Auschwitz und Buchenwald.⁹ Diese Gleichsetzung der Naziverbrechen gegenüber den Juden mit dem ‚Leid der Wehrmachtssoldaten‘ ist für den britischen Historiker Robert Knight in der österreichischen Geschichtslogik naheliegend. Er argumentiert, in einer ‚Post-Holocaust-Gesellschaft‘ wäre es ‚wohl unvermeidbar‘, dass die Bemühungen, seine eigene Existenz zu legitimieren ‚den Versuch beinhalteten, das Opfer der österreichischen Bevölkerung auf eine Ebene mit dem der Juden zu bringen.‘ Das führe ‚fast zwangsläufig‘ zu einer ‚Bagatellisierung des Holocaust.‘¹⁰

Das offizielle Österreich: ‚Macht- und willenlos gegen Hitler‘

Staatskanzler Karl Renner nahm sich schon 1918 als unverhohlener Anschlussbefürworter kein Blatt vor den Mund und meinte über das ‚deutsche Volk‘: ‚Das Volk, dessen Stolz es immer war, das Volk der Dichter und Denker zu heißen, ist im Augenblick tief gebeugt. Aber gerade in dieser Stunde soll unser deutsches Volk genau wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.‘¹¹ Der Titel des zitierten Artikels ‚Stationen auf dem Weg zum Anschluss‘ sagt alles über die genannte Passage. Ganz anders klingt die Unabhängigkeitserklärung der Provisorischen Staatsregierung 1945 unter Renner – immerhin Gründungsdokument der Zweiten Republik. Sie führt zur Entstehungsgeschichte der Republik an, dass die ‚nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers kraft dieser völligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Annexion des Landes das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals vorauszusehen oder gutzuheißen instand gesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat‘.¹² Die Essenz dieser Erklärung, die Opferthese, sollte zum Credo der österreichischen Nachkriegspolitik werden. 1946 äußerte sich Renner schließlich noch programmatisch zum Verhältnis Österreichs zu den Juden, als er ankündigte, ‚selbst wenn es noch Platz gäbe‘, würde ‚Österreich in seiner jetzigen Stimmung Juden [nicht] erlauben‘, Familienmonopole aufzubauen. Es würde keine jüdische Gemeinde aus Osteuropa mehr nach Österreich kommen dürfen, ‚während unsere eigenen Leute hier Arbeit brauchen.‘¹³

⁹ Vgl. Pollak, Alexander: Die Wehrmacht in den österreichischen Medien, <http://science.orf.at/science/news/48866>, 8.10.2006

¹⁰ Knight, Robert (Hg.): ‚Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen‘. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945-52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt/Main 1988, S. 58

¹¹ Karl Renner am 12. November 1918, zit. Nach Steininger, Rolf: 12 November 1918 bis 13. März 1938: Stationen auf dem Weg zum ‚Anschluß‘, in: Steininger, Rolf/Michael Gehler (Hg.): Österreich im 20. Jahrhundert, Wien 1997, S. 101

¹² Haslinger, Josef: Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich, Frankfurt/Main 1995, S. 59f.

¹³ Renner, Karl in: Crossman, Richard: Palestine Mission- A Personal Record, London 1946, S. 100; zit. nach Knight 1988, S. 61

Ein weiteres Zeugnis, dass der Antisemitismus der NS-Zeit in seiner gewalttätigsten, massenmordenden Form zwar vorbei war, aber Vorurteile gegenüber den Juden weiterhin die staatspolitische Haltung bestimmten, ist ein Memorandum der Staatskanzlei für Auswärtige Angelegenheiten, das im August 1945 verfasst wurde. Hier wird für langsame Restitutionszahlungen plädiert – jedoch nicht aus später Einsicht oder aus einer Abkehr von den antisemitischen Stereotypen, sondern weil sich die Machtverhältnisse geändert hatten. Im Memorandum wird argumentiert, dass *„die Juden in der Welt eine große Rolle in der Außenpolitik“* spielen, weil sich *„ein großer Teil der Presse in ihren Händen befindet“*, andererseits, *„weil sie es verstanden haben, die Regierungen anderer Staaten zu veranlassen, sich ihrer Forderungen anzunehmen.“*¹⁴ In einer Festschrift zum 20-Jahr-Jubiläum der Zweiten Republik wird deutlich, dass auch schon die starke Betonung der eigenen Opfer und des Leids ohne Erwähnung der tatsächlichen, unmittelbaren Opfer des Terrorregimes, ausreicht, um die ideologische Opferrolle zu begründen. Bildungsminister Theodor Piffel-Percevic wählt dafür 1965 die folgenden Worte: *„Die Präambel dieser Proklamation, die einleitende feierliche Begrüßung der Unabhängigkeitserklärung, läßt das unermessliche Leid und die Not der vorangegangenen sieben Jahre unter dem harten Zugriff einer Diktatur erkennen. Aus diesem Leid und dieser Not kam die Kraft zur Wiedererrichtung Österreichs.“*¹⁵

In eine ähnliche Richtung geht eine Gedenktafel an den 2. Weltkrieg, die 1955 enthüllt wurde. Unter dem Satz von Julius Raab *„Unsere Freiheit wurde durch die Standhaftigkeit des österreichischen Volkes errungen“* ist der Heimatdichter Anton Wildgans mit einem an Deutlichkeit kaum zu übertreffenden Gedicht zitiert: *„Unendlich ist, was dieses Volk gelitten/ Erniedrigung, Verfolgung, Hunger, Leid / Und trug es stark und trugs / Mit sanften Bitten / In Stolz und Demut / Seiner Menschlichkeit.“*¹⁶

Diese ‚Strategie der Unschuld‘, wie ich sie nennen möchte, findet sich auch bei Bildungsminister Piffel-Percevic wiederholt. Ein besonderes Licht auf die Haltung und auf die mangelnde Sensibilität der Regierungen der Nachkriegsjahre wirft die Schlussfolgerung, die er in seinem Vorwort zur bereits angesprochenen Festschrift trifft. Er meint dort: *„Das sorgfältige Studium der grundlegenden Dokumente unserer Zweiten Republik, der Proklamation der Unabhängigkeit, des Moskauer Memorandums und des Staatsvertrages, läßt das harte Gesetz des Lebens erkennen: in Arbeit und Opfern erwächst dem Menschen die Freiheit.“*¹⁷

‚Arbeit macht frei‘ steht über dem Torbogen des Massenvernichtungslagers in Auschwitz – daran hat Piffel-Percevic bei der Formulierung vermutlich nicht gedacht.

Exkurs: 1933-1955 aus Perspektive der FPÖ

Die einschlägige Behauptung, 1945 habe eine Besatzung die andere abgelöst und erst 1955 sei Österreich befreit worden, wird bis heute in deutschnationalen Kreisen weitergetragen. Zuletzt geriet Ex-Volksanwalt Ewald Stadler damit in die Diskussion, als er meinte *„1918 sind wir angeblich von der Tyrannei der Monarchie befreit worden, 1934 wurden wir*

¹⁴ Memorandum der Staatskanzlei, Auswärtige Angelegenheiten: ‚Die außenpolitische und die völkerrechtliche Seite der Ersatzansprüche der jüdischen Naziopfer‘, August 1945; zit. nach ebd., S. 102

¹⁵ Piffel-Percevic, Theodor: Zum Geleit, in Österreichischer Bundesverlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst (Hg.): Österreich. Einheit, Freiheit, Unabhängigkeit. Zwanzig Jahre Zweite Republik. Zehn Jahre Staatsvertrag. Festgabe der Bundesregierung für die österreichische Jugend, Wien 1965, S. 5

¹⁶ Frölich-Steffen 2003, S. 65

¹⁷ Piffel-Percevic in in Österreichischer Bundesverlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst (Hg.) 1965, S.3

*angeblich vom Chaos der Demokratie befreit, 1938 wurden wir angeblich vom Kleriko-Faschismus befreit, und 1945 - und das ist zur Staatsideologie geworden - sind wir angeblich vom Faschismus und von der Tyrannei befreit worden, und in die nächste Tyrannei geraten [...]*¹⁸ Auch beim jetzigen FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache verschwimmen die historischen Grenzen ganz bewusst: „*Von 1933 bis 1955 hatte Österreich keine demokratische Struktur - ohne irgendeine Wertung zu treffen. Es gab die Gräueltaten in den Konzentrationslagern, die Vertreibungen durch Eduard Benes, die Übergriffe und Vergewaltigungen durch die alliierten Besatzer. Gezielte Massenmorde haben auf allen Ebenen stattgefunden*“¹⁹, wirft Strache Austrofaschismus, NS-Terrorregime und die alliierte Besetzung in einen Topf. Bei Jörg Haider geht die Kritik an der ‚offiziellen Geschichtsschreibung‘ – eine Diktion, die impliziert, es gebe auch eine inoffizielle, ‚wahre‘ Geschichtsschreibung – so weit, zu behaupten, ‚*hätten die deutschen Soldaten nicht Widerstand geleistet, gäbe es in Europa keine Demokratie.*‘²⁰ Diese offene Zurschaustellung der historischen Auffassung des dritten Lagers ist nicht nur eine gezielte Mobilisierung der deutschnationalen WählerInnen, sondern auch eine bewusste Fortschreibung dieser spezifisch österreichischen Geschichtsinterpretation.

Waldheim: Symbolische Amnestie für den Holocaust

Die Affäre um den Bundespräsidentenskandidaten Kurt Waldheim, dessen Nazi-Vergangenheit wenige Wochen vor dem ersten Wahlgang 1986 aufgedeckt wurde, kam nicht aus dem Nichts. Vorangegangen waren ausführliche Debatten über die österreichische Vergangenheitspolitik und über die mangelhafte Entnazifizierung im Rahmen der Proteste gegen den rechtsextremen Hochschulprofessor Theodor Borodajkewicz 1966, als bei den StudentInnenprotesten ein Altnazi den Demonstranten Ernst Kirchweger umbrachte. Die Vergangenheitsdebatte forderte so das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik. Im Rahmen der Affäre um den FPÖ-Obmann Friedrich Peter, dessen SS-Vergangenheit Simon Wiesenthal publik gemacht hatte, kam es seitens der SPÖ zu massiven Angriffen auf den Aufdecker. Kreisky ging so weit, in den Raum zu stellen, ob Wiesenthal nicht selbst ein Nazi-Kollaborateur gewesen sei. Dieses spezifische Muster der Schuldumkehr und des sekundären Antisemitismus tritt bei Waldheim dann freilich in viel ausführlicherer Form ebenfalls auf. Kurz vor der Waldheim-Affäre gab es noch einmal eine große Debatte über die NS-Vergangenheit während der Frischenschlager-Reder-Affäre, als FP-Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager den Kriegsverbrecher Walter Reder 1985 bei dessen Rückkehr aus der italienischen Haft mit Handschlag am Flughafen empfing.

Die Affäre um den ÖVP-Bundespräsidenten-Kandidaten Kurt Waldheim ab März 1986 stellte die vorhergehenden Debatten um die Nazi-Vergangenheit jedoch in den Schatten. Waldheim war ein international hoch renommierter Diplomat und hatte zwei Amtszeiten als UNO-Generalsekretär von 1972 bis 1982 hinter sich, als das Wochenmagazin ‚profil‘ am 3. März 1986 aufdeckte, dass der Spitzenkandidat bis dahin immer über einen nicht unwesentlichen Teil seiner Biographie geschwiegen hatte: seine Mitgliedschaft beim NS-Studentenbund ebenso wie seine Offizierstätigkeit beim SA-Reiterkorps und seine Anwesenheit bei der Deportation von 70.000 Juden aus Saloniki. Brisant war aber nicht die Aufdeckung alleine, sondern Waldheims Reaktion und die anschließende öffentliche Debatte. An und für sich war es nicht ungewöhnlich, dass politische Spitzenrepräsentanten der Zweiten Republik eine Position im NS-Regime innegehabt hatten, schon in der ersten Regierung Kreisky fanden sich fünf ehemalige NSDAP-Mitglieder als Minister wieder. Dennoch könnte die historische Rolle der beiden bekanntesten österreichischen Politiker der Nachkriegszeit

¹⁸ Stadler, Ewald auf <http://www.a-e-m-gmbh.com/wessely/fstadi.htm>, 17.10.06

¹⁹ Der Falter 12/05, S. 8

²⁰ Scharsach, Hans-Henning/Kurt Kuch: Haider. Schatten über Europa, Köln 2000, S. 33

unterschiedlicher nicht ausfallen. Armin Thurner schreibt, die österreichische Politik wäre international bedeutungslos, aber es gebe *„Ausnahmen: Bruno Kreisky und, zur Strafe, Kurt Waldheim. Der eine ein Monument politischen Talents, der andere ein Monument österreichischer Durchschnittlichkeit.“*²¹ Im Zentrum der Debatte um Waldheim stand seine Aussage, er habe im Krieg nichts anderes getan als hunderttausende Österreicher auch, nämlich seine Pflicht als Soldat erfüllt. Die Annahme, die Aufdeckungen und diese Aussage hätten Waldheim im Wahlkampf geschadet, wäre nahe liegend – die österreichischen Verhältnisse waren aber andere. Die ‚nationale Opfergemeinschaft‘ teilte Waldheims Meinung, das NS-Regime wäre eine *„historische Tragödie“* gewesen, der die ÖsterreicherInnen *„ohnmächtig gegenüberstanden.“*²²

Nach den ersten Aufdeckungen durch das Profil waren sich die ÖVP und weite Bereiche der Medienlandschaft einig, dass es sich dabei um eine Verschwörung der SPÖ, der Sozialistischen Internationalen und des World Jewish Congress (WJC) handelte, der sich ebenfalls in die Recherchen eingeschalten hatte. Anton Pelinka und Ruth Wodak beschreiben den zentralen Spin, den die ÖVP-WahlkämpferInnen mit kräftiger Unterstützung der Medien der Debatte gegeben haben, als Vermittlung der Position, dass *„Waldheim (synecdochizingly equated with ‘Austria’) was under attack by an international Jewish conspiracy, the ‘Ausland’. Waldheim was thus portrayed as an innocent victim.“*²³

Zwei Beispiele sollen verdeutlichen, wie österreichische JournalistInnen binnen zweier oder dreier Sätze die Schuldumkehr im Fall Waldheim perfektionierten. Ilse Leitenbergers Kommentar in der ‚Presse‘ vom 25. 3. 1986 veranschaulicht vor allem, wie sehr mit Begriffsumdeutungen gearbeitet wurde. Auffällig ist auch die Selbstverständlichkeit, mit der eindeutig besetzte Begriffe aus der NS-Zeit auf einmal für die Vertreter des Jüdischen Weltkongress verwendet wurden. Schließlich spielt ein Klassiker unter den antisemitischen Vorurteilen in den Kommentar hinein: die ‚schmutzigen Geschäfte‘ der geldgierigen Juden. Leitenberger schreibt über die Vorwürfe des WJC, diese wären *„Angriffe von einer Seite, die sich unangreifbar glaubt, sich jedoch immer schon zum willigen Werkzeug einer Handvoll Ewiggestriger machte, die keine Chance ungenutzt lassen, aus einer düsteren Vergangenheit ein Geschäft zu machen.“*²⁴ Mit einer ähnlichen Methode arbeitete auch der Krone-Kolumnist Viktor Reimann, einer der Mitbegründer des VdU und früherer Chefredakteur der Zeitung ‚Neue Front‘. Er spielt ebenso wie Leitenberger mit einem alten antisemitischen Klischee, der Rachsucht. Die Aufarbeitung von Waldheims Vergangenheit ist somit für ihn keine Frage von Wahrheit oder Gerechtigkeit, sondern eine Racheaktion: Reimann schreibt, es dürfe *„deshalb auch für das Judentum gegenüber den Deutschen und Österreichern keine Rache bis ins dritte oder vierte Glied‘ geben, weil selbst die Bibel ein Beispiel anführt, wo Jahwe die Grenzen der Rache festsetzt.“*²⁵ Damit macht er innerhalb von einem Satz die Recherchen über Waldheims Vergangenheit von einer antifaschistischen Notwendigkeit zu einem böartigen, willkürlichen politischen Revanchefoul. Ruth Wodak kritisiert die Medienberichterstattung in Österreich, wo *„zunehmend ein Feindbild dieses ‚Auslands‘ aufgebaut [wurde], das sich angeblich unberechtigterweise in eine innerösterreichische Angelegenheit einmischte. Dabei wurde (...) die Kritik an Waldheim von seiten des WJC und der amerikanischen Presse in Österreich systematisch verzerrt wiedergegeben.“*²⁶

²¹ Thurner, Armin: Das Trauma, ein Leben. Österreichische Einzelheiten, Wien 1999, S. 29

²² Waldheim, zit. nach Haslinger 1995, S. 30

²³ Wodak, Ruth/Anton Pelinka: The Haider Phenomenon in Austria, New Brunswick 2002, S. 11

²⁴ Leitenberger, Ilse: Ohne Beispiel, in Die Presse vom 25.3.1986, zit. nach Wodak, Ruth et al.: ‚Wir sind alle unschuldige Täter‘. Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt/Main 1990, S. 131

²⁵ Reimann, Viktor: Es gibt keine Kollektivschuld, in NKZ vom 30.3.1986, zit. nach ebd., S. 132

²⁶ ebd., S. 69

Armin Thurner bezieht sich in diesem Zusammenhang vor allem darauf, dass mit der Debatte um Waldheim ein Tabu gebrochen war: das sorgsam orchestrierte Schweigen der österreichischen Eliten zur (eigenen) NS-Vergangenheit zur Wahrung der Opferidentität. Der Wiener Herausgeber schreibt, die Republik müsse sich im Fall Waldheim angesichts *„eines Präsidenten, der sich nicht erinnern konnte, selbst ins Antlitz blicken.“*²⁷ Darauf, so Thurner weiter, *„brach der auf Verdrängen gebaute Hausfrieden zum ersten Mal auseinander.“*²⁷ Die Neuigkeit bestand in der Thematisierung und der öffentlichen Debatte über Österreichs Beteiligung am NS-Regime, darin bestand der Bruch mit der Verdrängung der Jahrzehnte davor. Andrei S. Markovits unterstreicht, dass für die Alliierten und für die Opfer der Nazis *“Germany and Austria are responsible for the crimes of National Socialism – whether Austria likes it or not.“* Den Kalten Krieg und die Neutralität sieht er als Hauptgründe dafür, dass *„the specific Austrian responsibility in this regard was rarely thematized before the Waldheim scandal.“*²⁸

Die Reaktionen aus Österreich auf die Vorwürfe von Profil und dem Jüdischen Weltkongress waren bezeichnend: Es folgten wüste Beschimpfungen des Auslands, gleichzeitig wurde versucht, die TäterInnen – in diesem Fall Waldheim als früheren hohen Nazi-Funktionär – zu Opfern einer bössartigen Verschwörung umzumodeln. Diese Strategie der Schuldumkehr funktionierte ausgezeichnet: Anrühlich war auf einmal nicht mehr Waldheims Leugnen und Lügen über die eigene Vergangenheit, sondern die Recherchen über eben diese. Somit ist Josef Haslingers polemische Analyse zur Schuldumkehr durchaus zutreffend. Er zitiert den Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer, der zur Kritik an Waldheim meinte, *„das Herumschnüffeln in seiner Vergangenheit führt zu nichts und ist demokratieschädlich.“* Haslinger folgert: *„Demokratie (auf österreichisch) bedeutet: Berührungsverbot der Vergangenheit.“*²⁹

Mit der Diskussion über Waldheim wurde ein österreichisches Tabu gebrochen, gleichzeitig wurde öffentlich intensiv über die ‚Vergangenheitsbewältigung‘ und über das österreichische Selbstbild diskutiert. Barbara Coudenhove-Kalergi behauptet gar, die Debatte habe *der Legende von Österreich als Opfer des Nationalsozialismus ein Ende gemacht.“*³⁰ Dennoch war sich die ÖVP der hohen Erfolgsschancen wohl bewusst, als sie ihre Kampagne gegen die ‚gewissen Kreise‘ - eine weitere typisch antisemitische Chiffre - startete, die eine Präsidentschaft Waldheims verhindern wollten. Die Stimmabgabe für Waldheim war schließlich keine Persönlichkeits-, Parteien- oder Themenwahl mehr, vielmehr in der polarisierten Diskussion eine Zustimmung zu dessen Umgang mit seiner Vergangenheit. Der Solidarisierungseffekt gegen die Einmischung von außen war enorm, die entsprechenden Rahmenbedingungen schuf die ÖVP: ‚Jetzt erst recht‘ und ‚Wir Österreicher wählen, wen wir wollen‘ waren die tragenden Slogans der letzten Wahlkampfwochen. Haslinger analysiert die Motive für die Waldheim-WählerInnen als *„nicht eine Frage der Gesinnung und der politischen Sympathien.“* Vielmehr unterstreicht der Schriftsteller, wie sehr die Kampagne der ÖVP aufgegangen war, indem er als Motiv für die typischen Waldheim-WählerInnen angab, diese *„sollte[n] darin einen solidarischen Akt für das Opfer von Diffamierungskampagnen sehen, mehr noch, einen Widerstandsakt aus der eigenen Opferrolle heraus.“*³¹

²⁷ Thurner 1999, S. 59

²⁸ Manoschek, Walter: FPÖ, ÖVP and Austria's Nazi Past, in Wodak/Pelinka 2002, S. 4

²⁹ Haslinger 1995, S. 32

³⁰ Coudenhove-Kalergi, Barbara: Die österreichische Doppelseele, in Rathkolb, Oliver/Georg Schmid/Gernot Heiß (Hg.): Österreich und Deutschlands Größe. Ein schlampiges Verhältnis, Salzburg 1990, S. 59

³¹ Haslinger 1995, S. 25

In Waldheim fanden jene, die sich tatsächlich für Opfer hielten, einen Katalysator für ihr eigenes Geschichtsbewusstsein – endlich redete einmal jemand Klartext über die Vergangenheit, müssen sich viele gedacht haben. Doch nicht nur die Kriegsgeneration selbst wurde auf diese Art und Weise auf Linie gebracht, „*but also (...) members of the younger generations, the children of the Wehrmacht soldiers.*“³² Edgar Bronfman, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses hat die Wahl Waldheims als *„symbolic amnesty for the Holocaust“*³³ bezeichnet. Der Historiker Richard Mitten zählt all die Details auf, die Waldheim bisher verheimlicht hatte und leitet die Solidarität der Kriegsgeneration daraus ab. Diese hätten sich mit der Amnestie für Waldheim auch selbst vom Verdacht der Beteiligung an NS-Verbrechen freigesprochen, denn wenn Waldheim *„[...] were to be blamed for such things, then truly every Wehrmacht soldier would also come under suspicion.“*³⁴

Haider: Die Strafe für Waldheim?

Der Herbst 1986 war politisch ein heißer Herbst: auf die internationale Debatte über die Waldheim-Affäre folgte im September der Innsbrucker Putsch in der Regierungspartei FPÖ, der Jörg Haider an die Macht brachte. Fred Sinowatz kündigte darauf hin die Koalition zwischen SozialdemokratInnen und Freiheitlichen auf, trat zurück und wurde von Franz Vranitzky als Bundeskanzler beerbt. Der Soziologe Silvio Lehmann der schon 1986 angekündigt hatte ‚Wer Waldheim wählt, wird Haider ernten‘ sollte Recht behalten. Mit Jörg Haider betrat eine schillernde Figur der österreichischen Innenpolitik die Bühne. Das Jahr 1986 ist somit eines der Polarisierung im Vergangenheitsdiskurs: auf der einen Seite gibt es eine breite, tiefgehende Debatte und die kritische Intelligenz meldet sich lautstark zu Wort, zusätzliche Forschungsgelder werden freigemacht. Auf der anderen Seite bricht Jörg Haider tief in ÖVP-, aber vor allem in SPÖ-WählerInnensegmente ein – und zwar nicht zuletzt mit einer Strategie, die auf permanente Provokation der Öffentlichkeit durch grenzwertige Aussagen zur NS-Zeit und der Relativierung von Nazi-Verbrechen beruht. Haider versteht es wie kein zweiter, den Waldheim-Diskurs für sich und seine Politik zu verwenden.

In den 90er-Jahren tut sich einiges in der Vergangenheitsdebatte, in erster Linie die Erklärung der österreichischen Mitverantwortung für die Nazi-Verbrechen von Bundeskanzler Franz Vranitzky an prominenter Stelle im Parlament 1991. Die Bewertung der Erklärung fällt unterschiedlich aus, Robert Menasse bezeichnet es als *„symptomatisch“*, dass das Geständnis als *„Fußnote zu einer Erklärung über die Situation in Jugoslawien“*³⁵ zustande kam. Dennoch gilt die Rede nach wie vor als historischer Schritt in der österreichischen Vergangenheitsdebatte. Jörg Haider fällt in den 90ern mit zahlreichen Sprüchen an der Grenze zur NS-Wiederbetätigung auf, dennoch wächst die FPÖ mit populistischen Parolen gegen die Großparteien und gegen MigrantInnen immer mehr und landet schließlich 1999 bei 26,9%. Sie lässt dabei die ÖVP um 500 Stimmen hinter sich.

Die bilateralen Maßnahmen der EU-14: ‚Sanktionen gegen Österreich‘?

Der Kulminationspunkt der Karriere Jörg Haiders ist gleichzeitig der zweite Schwerpunkt dieses Artikels: Die Sanktionen der 14 Mitglieder der Europäischen Union gegen die österreichische Bundesregierung anlässlich der Bildung einer kleinen Koalition aus ÖVP und FPÖ, der ersten ‚minimum winning coalition‘ der Geschichte der Zweiten Republik und die Reaktionen aus Österreich sollen genauer untersucht werden. Ich stelle dazu die These auf, dass die Interventionen der anderen 14 EU-Länder eine ähnliche Wirkung hatten, wie die

³² Wodak/Pelinka 2002, S. 12

³³ Wodak et al. 1990, S. 77

³⁴ Mitten, Richard: The politics of Antisemitic Prejudice. The Waldheim Phenomenon in Austria, Boulder/San Francisco/Oxford 1992, S. 56

³⁵ Menasse, Robert: Das Land ohne Eigenschaften, Wien 1992, S. 17

Aufdeckungen des Jüdischen Weltkongress im März 1986 anlässlich der Bundespräsidentchaftswahl. Die Parallelen zur Nachkriegszeit bestehen im Muster des ‚nationalen Schulter schlusses‘ und im sorgfältig produzierten Bild einer Welt, die sich gegen das kleine Österreich verschworen habe.

Schon vor der Nationalratswahl 1999 bedienten sich die Freiheitlichen einer absurd anmutenden Idee, um sich gemäß der klassischen Täter-Opfer-Umkehr als Opfer einer innerösterreichischen Verschwörung Stimmen zu sichern. Sie gründeten eine ‚Schutzgemeinschaft freiheitlicher Wählerinnen und Wähler‘, die unter anderem rechtlichen Beistand bei ehrenbeleidigenden Äußerungen anbot. Hans-Henning Scharsach analysiert den Begriff der ‚Schutzgemeinschaft‘ historisch-linguistisch und kommt zu dem Schluss, dass schon der Name ‚verräterisch‘ sei. Die ‚Selbstdarstellung von Rechtsextremisten als ‚politisch Verfolgte‘‘ habe Tradition, argumentiert er. So erwähnt er den ‚Schutzverband ehemaliger Arbeitsdienstführer‘.³⁶

Trotz gegenteiliger Versprechen vor der Wahl ließ sich ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel, aus der Nationalratswahl nur als Nummer drei herausgegangen, im Februar 2000 als Bundeskanzler eines Kabinetts aus ÖVP und FPÖ angeloben. Die internationalen Proteste konzentrierten sich in erster Linie auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ, einer Partei der extremen Rechten, die im Ausland vor allem mit rassistischen Wahlkampflogos und deren Chef in erster Linie durch ein ambivalentes Verhältnis zur NS-Vergangenheit und durch antisemitische Äußerungen aufgefallen war. Die EU-14 beschlossen einen Maßnahmenkatalog, der im Wesentlichen daraus bestand, dass Österreich unter genaue Beobachtung gestellt werden sollte und dass die diplomatischen Kontakte auf die formellen Notwendigkeiten beschränkt werden sollten. Israel zog seinen Botschafter aus Wien ab. Die Debatte im Ausland entstand vor allem wegen der drohenden Regierungsbeteiligung der FPÖ, einer rechtsextremen Partei, wie Wodak und Pelinka ausführen: „*The FPÖ must be seen in the context of Austria’s tendency to reject Austrian responsibility for Nazism and to accept the existence of a party like the FPÖ, established by former Nazis and for former Nazis, in the mainstream of Austrian politics.*“ Auch den Zusammenhang mit dem Jahr 1986 bringen sie zur Sprache: „*The ‘Waldheim Affair’ heightened suspicions that ‘the Austrians’ had not learned their lesson as ‘the Germans’ had.*“³⁷

In der Öffentlichkeit entstand schnell ein Bild der ‚Sanktionen gegen Österreich‘, genährt von einzelnen unpassenden Äußerungen wie jener des belgischen Außenministers Louis Michel, der seinen Landsleuten empfahl, nicht mehr in Österreich Urlaub zu machen. Dass diese individuellen Fehlleistungen aber nichts mit den formellen Sanktionen der EU-14 zu tun hatten, wurde in der österreichischen Öffentlichkeit ignoriert. Schnell gewann die Öffentlichkeit den Eindruck, man wolle den ÖsterreicherInnen vorschreiben, wen sie zu wählen hätten – auf dieser Fehleinschätzung baute schließlich auch die Schulter schluss-Kampagne und der enorme Solidarisierungseffekt für die ÖVP auf. Dabei kann man die Sanktionen gegen die österreichische Bundesregierung auch aus einem völlig anderen, sehr nüchternen Blickwinkel betrachten, wie beispielsweise Andrei S. Markovits: Seiner Einschätzung nach waren die Sanktionen kein ‚*preemptive strike*‘, sondern eine sehr klare Reaktion: Die ÖsterreicherInnen hätten das Recht, zu wählen, wen sie wollten. Genauso hätten aber die anderen Staaten das Recht, ‚*loud and clear*‘ zu betonen, dass sie das Wahlergebnis nicht schätzten.³⁸

³⁶ Scharsach/Kuch 2000, S. 71

³⁷ Wodak/Pelinka 2002, S. 16

³⁸ Markovits, Andrei S.: Austrian Exceptionalism: Haider, the European Union, the Austrian Past and Present in Wodak/Pelinka, S. 97

Wie im Jahr 1986 waren auch bei dieser Gelegenheit die journalistischen MeinungsmacherInnen schnell zur Stelle, eine internationale Verschwörung in den Maßnahmen zu sehen, eine unfaire Einmischung von außen, die die Souveränität Österreichs und der ÖsterreicherInnen einschränke. Wieder war es die Kronen Zeitung in Person ihres Kolumnisten Kurt Seinitz, der bei der Kritik an den Sanktionen nicht auf antisemitische Elemente verzichten wollte. Er schrieb am 29. Jänner 2000, wenige Tage vor der Angelobung: „*Die Scharfrichter der Moral betreiben mit der Satanisierung ihrer Angriffsoffer nichts anderes als Brunnenvergiftung. Sie hetzen die Menschen aufeinander, um auf der Flamme des Hasses ihr eigenes Süppchen kochen zu können.*“³⁹ Interessant an diesem Satz ist neben dem typisch antisemitischen Topos der Brunnenvergifter auch das schon bekannte Muster der Schuldumkehr. Die besorgten EuropäerInnen, die den NS-Verharmloser Haider nicht in der Regierung sehen wollen werden zu satanisierenden ‚Scharfrichtern der Moral‘. Haider, Schüssel, die ÖVP/FPÖ-Regierung und eigentlich ganz Österreich werden zum ‚Angriffsoffer‘.

Drei Wochen später ist es wieder Seinitz, der sich vor der Großdemonstration in Wien Gedanken über die Strategie der ‚Scharfmacher‘ macht und prompt auch die Demonstration als geplante Verschwörung sieht. Seinitz fantasiert, *„in den Lobbys der EU lachen sich die Scharfmacher gegen Österreich ins Fäustchen über die Falle, die sie der Alpenrepublik aufgebaut haben: Nichts wäre ihnen willkommener, als Prügel Szenen in Wien - »faschistische Polizei gegen aufrechte Demokraten«. Das »Nazi-Land« Österreich wäre entlarvt und die EU-Sanktionen könnten empfindlich verschärft werden: Entzug des Stimmrechts in der EU wegen »uneuropäischen Verhaltens«. Österreich droht an diesem Wochenende die gefährlichste Provokation seit dem kommunistischen Putschversuch 1950!“*⁴⁰ Im Nu werden die GegnerInnen der Rechtskoalition zu undemokratischen IntrigantInnen, die DemonstrantInnen in Wien gar mit den kommunistischen PutschistInnen von 1950 gleichgesetzt. Die Botschaft hinter dem Kommentar ist klar: Die neue österreichische Regierung steht für Demokratie und Stabilität, EU, SPÖ und die Linke gefährden ebendiese massiv.

Dabei ist offensichtlich, dass es bei den Sanktionen gegen die Österreichische Bundesregierung vor allem um die FPÖ und neben ihrer xenophoben Politik auch um die zeitgeschichtlichen Auffassungen ihrer wichtigsten RepräsentantInnen geht. Anton Pelinka unterstreicht, dass in erster Linie die Wahrnehmung der FPÖ im Vergleich zwischen Österreich und den anderen Ländern der Europäischen Union die politische Lücke aufmacht, die mit den Sanktionen gefüllt wird. Die FPÖ sei in Österreich so weit ‚*mainstream*‘ geworden, dass ihre Regierungsbeteiligung als nicht so außergewöhnlich schien, während sie in den Unionsländern als ‚*rechtsextrem und damit außerhalb des demokratischen Basiskonsenses eingeordnet*‘ werde, schreibt Pelinka. Er kommt zum folgenden Schluss, der die These dieser Arbeit untermauert: *„Das Thema ‚Sanktionenkrise‘ war und ist damit vor allem das Thema FPÖ und damit das Thema des österreichischen Verhältnisses zum Nationalsozialismus.“*⁴¹ Hans-Henning Scharsach pflichtet Pelinka bei: Er argumentiert, der Aufstieg der FPÖ werde im Ausland ‚*anders wahrgenommen*‘, hier wäre die ‚*Tagespolitik eines kleinen Landes kaum von Bedeutung.*‘ Anstatt dessen interessiere die anderen Länder die ‚*andere Seite*‘, die sich zeige wenn Haider ‚*in aufgeheizter Atmosphäre vom vorbereiteten*

³⁹ Seinitz, Kurt: Vorsicht vor den Brunnenvergiftern“, Kronen Zeitung vom 29.1.2000, S.3

⁴⁰ Seinitz, Kurt: Vorsicht Provokation, Kronen Zeitung vom 19.2.2000, S.4

⁴¹ Pelinka, Anton: Sonderfall FPÖ – Sonderfall Österreich, in Karlhofer, Ferdinand/Josef Melchior/Hubert Sickinger: Anlassfall Österreich. Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft. ÖZP Sonderband, Baden-Baden 2001, S. 61

*Redetext abweicht, um die österreichische Nation eine ‚Missgeburt‘, oder Hitlers Beschäftigungspolitik ‚ordentlich‘ nenne.*⁴²

Die Reaktion der neuen Bundesregierung auf die Sanktionen verlief in einem bekannten Schema: die Sanktionen gegen die Bundesregierung wurden zu ‚Sanktionen gegen Österreich‘ umgemodelt, aber auch Schuldzuweisungen und Verschwörungstheorien waren schnell zur Hand: ÖVP und FPÖ vermuteten eine Verschwörung der Sozialistischen Internationalen, mit der auch die Juden etwas zu tun haben müssten, da ja auch der israelische Botschafter abgezogen worden war. Das Unterfutter für diese Kampagne lieferte ein Foto des SPÖ-Chefs Alfred Gusenbauer, der bei einer Holocaust-Gedenkfeier in Stockholm unter anderem mit dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson zu sehen war. Von da an wandelte das Bild des ‚champagnisierenden‘ SPÖ-Chefs, der mit den anderen sozialdemokratischen Parteichefs auf die Sanktionen anstoße durch die österreichischen Medien.

Kritik an dieser Sichtweise kommt – relativ verhalten – vom Politikwissenschaftler Ferdinand Karlhofer, der argumentiert, *‚die federführende Rolle des französischen Staatspräsidenten‘* bei der Verhängung der Sanktionen beweise, dass die Maßnahmen *‚nicht allein den Ländern mit sozialistischer bzw. sozialdemokratischer Regierungsmehrheit zugeschrieben werden‘* könnten. Dennoch führt er an, dass die Mehrheit der EU-Mitglieder zu diesem Zeitpunkt sozialistisch bzw. sozialdemokratisch regiert wurde, was die *‚Bildung einer Allianz zumindest nicht erschwerte.‘*⁴³ Kurier-Chefredakteur Christoph Kotanko verweist am 9. Mai darauf, dass nur noch drei Regierungen an den Sanktionen festhalten, die *‚allesamt nicht rot regiert‘* werden. *‚Von wegen Verschwörung der Sozialistischen Internationalen‘*, so Kotankos Schluss.⁴⁴ Einen fundamentaleren Verstoß gegen die Grundsätze der Europäischen Union sieht Karlhofers Kollege Pelinka, der schreibt, die Maßnahmen hätten eine *‚sehr breite Zustimmung in Europa, die weit über die ‚Linke‘ hinausging.‘* Vielmehr als um eine parteipolitisch motivierte Interessenskoalition der sozialdemokratischen Staatschefs mit ein paar konservativen Tuffern gehe es bei der Debatte um die *‚Natur‘ der FPÖ und die Sorge, dass die Regierungsbeteiligung der als rechtsextrem eingestuften FPÖ zu einer Art Dambruch führen könnte.‘*⁴⁵

Pelinka führt das auf den Charakter der FPÖ zurück. Sie repräsentiere *‚den Affekt der ÖsterreicherInnen, die 1945 nicht als Befreiung, sondern als Niederlage erlebt und an dieser Einschätzung auch festgehalten haben; für die nicht 1938, sondern 1945 das Jahr des Opfers war.‘* Der neue Koalitionspartner der ÖVP, wohlgermerkt eine 1945 dezidiert antifaschistische Partei, stehe für eine politische Ideologie, *‚gegen die sich die europäische Integration als Antithese entwickelt hat: für die Position des Nationalismus, des Chauvinismus, der ‚völkischen‘ Expansion; für eine Position also, die von keinem anderen Regime mit letzter Konsequenz vertreten wurde als vom NS-Regime.‘*⁴⁶ Er führt mich mit dieser Einschätzung wieder zurück zum Ausgangspunkt der Arbeit. Er betont den roten Faden, der von 1945 bis 2000 und darüber hinausgeht: Die Partei, deren Regierungsbeteiligung im Jahr 2000 für eine europäische Krise sorgt, hat nicht nur klare antidemokratische Wurzeln. Vielmehr ist es ihre Geschichtsauffassung, ihr Umgang mit der Vergangenheit, ihre sanfte Apologetik der NS-Verbrechen und damit ihre konsequente Verteidigung des Opfermythos, die Aufsehen erregt. Ein knappes Jahrzehnt nach dem überfälligen Mitschuld-Geständnis des sozialdemokratischen

⁴² Scharsach/ Kuch 2000, S. 21

⁴³ Karlhofer/Sicking: Der Anlassfall, in Karlhofer et al. 2001, S. 20

⁴⁴ Kotanko, Christoph: Politik hinter dem Paravent, in ‚Kurier‘ vom 9.5.2000, S.2

⁴⁵ Pelinka, Anton: Sonderfall FPÖ – Sonderfall Österreich in Karlhofer et al. 2001, S. 63

⁴⁶ Pelinka in Karlhofer et al. 2001, S. 65

Kanzlers Vranitzky und fünf Jahre nach dem Beitritt Österreichs zu einer EU, die sich nicht nur als gemeinsamer Wirtschaftsraum versteht, sondern überdies auch – wenn auch nicht schriftlich verankert – als Wertegemeinschaft, ist es die Kontinuität des dritten Lagers und die fehlende Aufarbeitung der eigenen TäterInnenrolle, die Österreich als demokratischen Problemfall auf die europäische Agenda setzt.

Schon 1985 schreibt Pelinka, die ‚*außenpolitisch verständliche*‘ Betonung der österreichischen Opferrolle der unmittelbaren Nachkriegszeit sei ‚*auch nach innen übertragen worden*‘. Er kommt zu einem Schluss, der erst 2000, als mit dem Ende der großen Koalition und dem Ende des sozialpartnerschaftlichen Nachkriegskonsenses eine neue politische Epoche eingeläutet wird, die Haider-GegnerInnen als ‚Dritte Republik‘ bezeichneten, schlagend wird: ‚*Indem man die dunklen Aspekte der eigenen nationalen Vergangenheit verdeckte, löste man nichts, verdrängte alles – und produzierte das Weiterwirken eines Gärungsprozesses, der der Demokratie nicht förderlich war.*‘⁴⁷ Haider ist im Jahr 2000 - am Zenit seiner politischen Karriere - die Personifizierung des Verdrängten der Nachkriegszeit. In seinem Verständnis der österreichischen Vergangenheit ist er der legitime Nachfolger Kurt Waldheims, denn nicht nur seine Positionen, sondern auch die öffentlichen Debatten nach der schwarz-blauen Regierungsbildung ähneln denen aus dem 86er-Jahr sehr.

Die Maßnahmen der EU-14 kamen nicht aus dem Nichts: Karlhofer und Sickinger schreiben, Wolfgang Schüssel wäre schon ‚*seit Oktober 1999 von seinen ausländischen Kollegen mehrfach vor den Folgen einer Regierungsbeteiligung der FPÖ gewarnt worden.*‘⁴⁸ Dass der ÖVP-Obmann diesen Warnungen keine Beachtung schenkte, sondern schon während der Sondierungsverhandlungen mit der SPÖ gleichzeitig auch mit der FPÖ über eine mögliche Zusammenarbeit diskutierte, zeigt, dass hinter der Umsetzung einer schwarz-blauen Koalition auch einiges Kalkül steckte. Selbst wenn die ÖVP nicht genau wusste, welche Maßnahmen auf sie zukamen, dürfte klar gewesen sein, dass die außenpolitische Isolation nicht unbedingt ein Nachteil für die ÖVP sein würde. Doron Rabinovici, der zu dieser Zeit im ‚Falter‘ schrieb, er ‚*begreife nicht den suizidalen Drang der ÖVP*‘ und der Volkspartei unterstellte, ‚*auf eine unverdrossene Weise beinah Gefallen an ihrem Leidensweg zu finden*‘, sollte sich täuschen.⁴⁹

Schulterschluss-Kampagne: Sanktionen ein ‚Gottesgeschenk‘ für Schüssel

Ab Anfang April begannen die Regierungsparteien gezielt, einen Schulterschluss der Opposition zu fordern – wissend, dass jene damit die FPÖ exkulpieren würden und das alleine schon aus diesem Grund nie machen könnten. Auch die öffentliche Meinung, erhoben im Profil Ende März, war eindeutig: 73% der ÖsterreicherInnen forderten demnach, SozialdemokratInnen und Grüne sollten die Regierung im Ausland verteidigen, nur 16% waren dagegen.⁵⁰ Die Opposition war von allen Seiten eingeklammert, befand sich aber in einer klassischen lose-lose-Situation: Unter dem großen außenpolitischen Druck wäre es Zeit für ein patriotisches Bekenntnis, forderten die Regierungsparteien. Peter Michael Lingens sieht in den Sanktionen für Schüssel gar ein ‚*Gottesgeschenk*‘: Die Sanktionen und die Isolation Österreichs in Europa hätten es dem Kanzler erlaubt, ‚*heldenhaften Widerstand gegen eine übermächtigen Gegner zu demonstrieren, statt seinen Wählern finanzielle Belastungen zu erläutern.*‘⁵¹ Damit trifft der Profil-Kolumnist den Effekt, den ich in Bezug auf die Sanktionen beschreiben will, ziemlich genau: Schüssel setzte auf eine Revitalisierung der österreichischen Opferrolle, verließ sich darauf, dass sich die ÖsterreicherInnen eine

⁴⁷ Pelinka, Anton: Windstille. Klagen über Österreich, Wien-Berlin 1985, S. 37

⁴⁸ Karlhofer/Sickinger in Karlhofer et al. 2001, S. 17

⁴⁹ Rabinovici, Doron: Der nationale Doppler, Kommentar der Anderen im Standard vom 18.10.1999

⁵⁰ Profil vom 27.3.2000, S. 19

⁵¹ Lingens, Peter Michael: Die Volksbefragungsfalle, in Profil 21/00, 22.5.2000, S. 68

Einmischung in ihre nationale Polit-Landschaft verbitten würden und hoffte auf einen ähnlichen Solidarisierungseffekt wie im Jahr 1986 bei Waldheim. Anfänglichen Zugeständnissen wie der Regierungspräambel und dem Rückzug Jörg Haider nach Kärnten und der vorgeschlagenen FPÖ-Minister Prinzhorn und Kabas folgte bald die Einsicht, dass die Maßnahmen den gewünschten Effekt der EU-14 nicht haben würden. Bald begann die ÖVP, in die Offensive zu gehen und etablierte sich – im Gegensatz zu den ‚Vernaderern‘ und ‚Anti-Österreichern‘ in der Opposition als ‚Österreich-Partei‘. Peter Gerlich sieht die Sanktionen als kontraproduktive Maßnahme, weil sie *‚die Regierungsbildung nicht nur nicht verhindert, sondern sogar beschleunigt‘* haben. Laut dem Wiener Politologen führten die Sanktionen *‚eher zu einer Legitimierung der neuen Regierung als zu deren Schwächung (...), zumindest im innerösterreichischen Kontext.‘*⁵² Ähnlich sehen das Ruth Wodak und Anton Pelinka, die den Effekt der Sanktionen wie folgt beschreiben: *“The coalition cabinet (...) used its isolation in Europe to construct a kind of patriotic agenda: Loyal Austrians should side with their government (...). Austria’s foreign policy focused on a single issue, the sanctions, and nothing else mattered.”*⁵³ Christoph Kotanko beschreibt die Sanktionen als innenpolitischen Schutzmantel für die Regierung, deren Arbeit *‘mit ihren Schwächen und Schwankungen wenig beachtet’* würde, solange die Maßnahmen der EU-14 das Hauptthema wären. Das würde sich laut dem Kurier-Chefredakteur ändern, *‘sobald der Paravent der Sanktionen weg ist.’*⁵⁴

Auch Hans-Henning Scharsach, einer der schärfsten Haider-Kritiker, beurteilt die Sanktionen negativ. Sie wären *‘überstürzt und unbedacht’* verhängt worden, führten *‘kontraproduktiv zu einem Solidarisierungseffekt mit der Koalition, zur Mobilisierung nationalpatriotischer Gefühle’* und schwäche letztlich jene, die *‘eine Regierungsbeteiligung der FPÖ als Gefahr für die Demokratie empfinden.’*⁵⁵ Ähnlich sieht das auch Volker Kier, der in einem ‚Kommentar der Anderen‘ im Standard schreibt, die ÖVP hätte *‚blitzartig [...] die Chance erkannt‘*, die ihr die Sanktionen boten. Durch die gebetsmühlenartige Wiederholung der polarisierenden Begriffe *‚Schulterschluss‘* und *‚Vaterlandsverrat‘* entstand in der Öffentlichkeit das Bild, auf der einen Seite stünde die *‚heimattreue schwarz-blaue Regierung‘*, auf der anderen Seite die *‚nestbeschmutzende Opposition und die irregeleitete Internet-Generation.’*⁵⁶ In der Frage der Auswirkungen der Sanktionen im Jahr 2000 gibt es frappante Ähnlichkeiten mit den Auswirkungen der Aufdeckungen über Kurt Waldheims NS-Vergangenheit im Jahr 1986. Richard Nimmerrichter alias Staberl, Kolumnist der Kronen Zeitung hält beispielsweise fest, die *‚Isolations-Furcht der Österreicher‘* halte sich in Grenzen, weil sie schon den *‚einstigen Fall Waldheim‘* und den *‚sofort inszenierten Rummel, als Haider in Kärnten Landeshauptmann geworden ist‘* ausgehalten hatten.⁵⁷ Wieder setzte die ÖVP darauf, die anderen – in diesem Fall die SPÖ und die Grünen – als unpatriotische Parteien darzustellen, denen Ideologie wichtiger ist als Heimat und die Solidarität mit Österreich. Anstatt sich auf die Seite der vermeintlichen Opfer zu schlagen, solidarisiere man sich mit den ‚Tätern‘, also dem Ausland. Die Analogie zu den Vorwürfen, die SPÖ habe im Waldheim-Wahlkampf eine internationale Kampagne orchestriert, um den eigenen Kandidaten Steyrer zum Sieger zu machen, ist eindeutig.

⁵² Gerlich, Peter: Auf dem Weg zur Normalität? Anmerkungen zu den Maßnahmen der EU-14, in Karlsrufer et al. 2001, S. 30

⁵³ Wodak/Pelinka 2002, S. 17

⁵⁴ Kotanko in Kurier, 9.5.2000, S. 2

⁵⁵ Scharsach/Kuch 2000, S. 22

⁵⁶ Kier, Volker: Das Dilemma des Visagisten, Kommentar der Anderen im Standard vom 2.7.2004, S. 31

⁵⁷ Neue Kronen Zeitung, 29.1.2000, S. 5

Wie der weitere Verlauf zeigen sollte, erwies sich diese Strategie als genial. In der Kanzlerfrage zeigt sich das sehr deutlich: von Jänner bis April legt Schüssel in der Kanzlerfrage von acht Prozent auf 34% zu und liegt damit unangefochten vor Alexander Van der Bellen an der Spitze. Alfred Gusenbauer, laut Regierung verantwortlich für die Sanktionen, verlor von Jänner bis April fast die Hälfte der Zustimmung und fiel von 32% auf 17%.⁵⁸ Noch im Februar, kurz nach der Verkündung der Sanktionen, gaben 33% der ÖsterreicherInnen dem ÖVP-Obmann die Schuld an der Staatskrise, er lag damit vor Viktor Klima mit 31% und weit vor Jörg Haider mit 14%.⁵⁹ Die Aufholjagd der ÖVP und die Trendwende der öffentlichen Meinung in den Folgemonaten sind bemerkenswert. Auch wenn im Frühjahr 2000 noch niemand mit dem Triumph der ÖVP bei den Nationalratswahlen im Herbst 2002 rechnen konnte und auch wenn die FPÖ in den Umfragen nach der Verhängung der Maßnahmen zunächst sogar stärkste Partei wurde, lag der Schluss nahe, dass die ÖVP langfristig massiv von den Sanktionen profitieren könnte. Die DemoskopInnen unterstreichen diese These nachhaltig: von Jänner bis September 2000 klettert die ÖVP von 18% auf 33%, die SPÖ liegt dahinter stabil um die 30%, die FPÖ verliert von 33% auf 22%. Dennoch hat die Regierung laut dieser Umfrage eine klare Mehrheit mit 55%.⁶⁰ Wolfgang Schüssel gelang es, die ÖVP als staatstragende Partei hinzustellen, die aus der Not heraus Verantwortung übernommen habe und nun nicht nur Jörg Haider, sondern auch noch die europäischen Nachbarn bändigen müsse. Die FPÖ war nicht nur Anlass und Hauptziel der Sanktionen, sie erwies sich darüber hinaus auch auf dem österreichischen Parkett schnell als wenig qualifiziert für die Regierungsbeteiligung – es folgten schnelle MinisterInnenrücktritte und Haider setzte in seiner ‚Aschermittwochsrede‘ des Jahres 2001 die Angriffe gegen europäische Staatsmänner fort. Karlhofer und Sickinger analysieren, die ‚regierungserfahrene ÖVP [...] profitierte in den ersten Monaten insofern auch von den ‚EU-Sanktionen‘, als diese ja zuvorderst gegen ihren Partner gerichtet waren, während sie selbst sich als patriotische, um das Ansehen Österreichs in Europa bemühte Kanzlerpartei präsentierte.‘⁶¹

Österreich und seine Vergangenheit: a neverending story

Sechs Jahre später kann festgehalten werden, dass die schwarz-blaue Regierung wohl Geschichte ist, wiewohl das Mitte-Rechts-Bündnis nach wie vor über eine klare Mehrheit im Nationalrat verfügt. Die Regierung Schüssel I hat zwar einige entscheidende Schritte in der Entschädigungspolitik getan, der Vergangenheitsdiskurs flammt aber nach wie regelmäßig auf. Auf die diesbezüglichen Entgleisungen von FPÖ- und BZÖ-SpitzenpolitikerInnen ist Verlass, mögen sie Kampl, Gudenus, Schalle oder Zanger heißen. Im Rahmen des ‚Jubiläumsjahrs 2005‘ kam es zu Auseinandersetzungen über das Projekt ‚25 peaces‘, das den Mythos vom Opfer Österreich mit aufwändigen Lichtinstallationen zur Simulierung einer Bombennacht des 2. Weltkriegs weiterleben lassen wollte. Jörg Haider träumt nach wie vor vom ‚einsprachigen Kärnten‘ und die Führung in der FPÖ liegt in den Händen von Strache, Stadler und Mölzer. Für weitere Diskussionen über die Vergangenheitspolitik der Republik und für weitere Instrumentalisierungen der Opferrolle ist also mit Sicherheit gesorgt.

⁵⁸ News vom 10.4.2000, S.26

⁵⁹ News vom 17.2.2000, S. 23

⁶⁰ IMAS-Umfragen von Nationalratswahl 1999 bis 2002, www.imas.at, 22.6.2006

⁶¹ Karlhofer/Sickinger in Karlhofer et al. 2001, S. 18

Literatur:

Frölich-Steffen, Susanne: Die österreichische Identität im Wandel, Wien 2003

Gellner, Ernest: Nationalismus und Moderne, Berlin 1991

Haslinger, Josef: Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich, Frankfurt/Main 1995

Karlhofer, Ferdinand/Josef Melchior/Hubert Sickinger: Anlassfall Österreich. Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft. ÖZP Sonderband, Baden-Baden 2001

Knight, Robert (Hg.): ‚Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen‘. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945-52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt/Main 1988

Menasse, Robert: Das Land ohne Eigenschaften, Wien 1992

Menasse, Robert: Erklär mir Österreich. Essays zur österreichischen Geschichte, Frankfurt/Main 2000

Mitten, Richard: The politics of Antisemitic Prejudice. The Waldheim Phenomenon in Austria, Boulder/San Francisco/Oxford 1992

Österreichischer Bundesverlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst (Hg.): Österreich. Einheit, Freiheit, Unabhängigkeit. Zwanzig Jahre Zweite Republik. Zehn Jahre Staatsvertrag. Festgabe der Bundesregierung für die österreichische Jugend, Wien 1965

Pelinka, Anton: Windstille. Klagen über Österreich, Wien-Berlin 1985

Rathkolb, Oliver/Georg Schmid/Gernot Heiß (Hg.): Österreich und Deutschlands Größe. Ein schlampiges Verhältnis, Salzburg 1990

Ringel, Erwin (Hg.): ‚Ich bitt’ Euch höflich, seid’s keine Trottel‘. Politikverdrossenheit und österreichische Identität, Wien 1993

Scharsach, Hans-Henning/Kurt Kuch: Haider. Schatten über Europa, Köln 2000

Steininger, Rolf/Michael Gehler (Hg.): Österreich im 20. Jahrhundert, Wien 1997

Turner, Armin: Das Trauma, ein Leben. Österreichische Einzelheiten, Wien 1999

Wodak, Ruth et al.: ‚Wir sind alle unschuldige Täter‘. Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt/Main 1990

Wodak, Ruth/Anton Pelinka: The Haider Phenomenon in Austria, New Brunswick 2002

Ziegler, Meinrad/Waltraud Kannonier-Finster: Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit, Wien/Köln/Weimar 1993

online-Recherche:

Filzmaier, Peter: Opferkult und Neutralität als Geschichtsmymen in Österreich,
<http://science.orf.at/filzmaier/135122>, 19.10.06

www.imas.at, 22.6.2006

Pollak, Alexander: Die Wehrmacht in den österreichischen Medien,
<http://science.orf.at/science/news/48866>, 8.10.2006

Stadler, Ewald auf <http://www.a-e-m-gmbh.com/wessely/fstadl.htm>, 17.10.06

Zeitungen:

Der Falter 12/05

Kronen Zeitung vom 29.1.2000

Kronen Zeitung vom 19.2.2000

Kurier vom 9.5.2000

News vom 17.2.2000

News vom 10.4.2000

Profil vom 27.3.2000

Profil vom 22.5.2000

Standard vom 18.10.1999

Standard vom 2.7.2004

Interviews:

Interview im Rahmen der Diplomarbeit mit Doron Rabinovici in Wien, 3.7.2006